

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Wilsdruff 2 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. 50 Pf., bei Postbestellung 3 Mk. 50 Pf. (Inland). Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion des „Wilsdruffer Tageblatt“ befindet sich in Wilsdruff, Postfach 2640. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion des „Wilsdruffer Tageblatt“ befindet sich in Wilsdruff, Postfach 2640. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Nr. 271. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach Dresden 2640 Sonnabend, den 20. November 1926

Wahlkräusel.

Ein Teil der deutschen Wähler findet es jetzt für angemessen, sich mit den ihnen in Verfassungen und Gesetzen zugewiesenen Aufgaben in mehr oder weniger scharfer Form auseinanderzusetzen. Eigenbrüderlei und Neigung zur Richtmispolitik sind uns immer schon auf Grund der vielen bitteren Erfahrungen unserer leidvollen Geschichte zum Vorwurf gemacht worden. Aber die wahre Überforderung dieser Charakterveranlagung scheint uns doch erst noch bevorzusehen. Wir haben in diesen Tagen in verschiedenen deutschen Ländern politische Wahlen gehabt. In Lübeck, in Sachsen, in Baden. Bei den Schwaben im Süden war die Beteiligung am Wahlkampf und an der Wahlhandlung so gering, daß man sich in die Zeiten ausgeprägter Klassenwahlrechte zurückversetzt glauben könnte. Anders die Sachsen. Übermäßig haben auch sie sich zwar um die ihnen gestellte Wahlfalsfrage nicht aufgeregt, aber mit einem gewissen Prozentsatz von Lustlosigkeit und Wahlmüdigkeit wird ja immer desto fester zu rechnen sein, je häufiger die Wähler für alle möglichen Zwecke zu Entscheidungen aufgerufen werden. Dafür war aber hier die Parteien- und Interessenszerpflitterung um so größer. Den Votum abgeschossen hatte dabei eine Gemeinde, wo die gewiß sehr nützliche „Freiwillige Feuerwehr“ mit einer eigenen Liste am Wahlkampf teilnahm. Es lohnt sich fast, einen findigen Mann zu entsenden, um hinter die Geheimnisse dieser gewiß anständigen Wählermeinung zu kommen. Hatte der Gemeinderat etwa die Anschaffungskosten für eine neue Feuerpritze abgelehnt, oder die Auswechslung der alten, schon von den Vätern ererbten Schläuche durch eine neue Garnitur? Nun, der Freistaat Sachsen hat wohl schon Schlimmeres überstanden als dieses, aber wie er bei dem Gesamtergebnis der Landtagswahlen zu einer leistungsfähigen Regierung kommen soll, das ist allerdings ein Rätsel, dessen Lösung allen Beteiligten noch recht viel Kopfschmerzen verursachen wird. Nicht anders in Lübeck, nicht anders auch sonst in deutschen Ländern, wo man nach den Voraussetzungen sucht, unter denen allein eine Besserung der Zustände erreicht werden könnte.

Zugewonnen haben bei den Wahlen verschiedentlich die Anhänger der Aufwertungs- oder Wirtschaftsparteien. Das erwähnte sogar der Reichskanzler in eigener Person. Marx fürchtet wohl nicht so sehr das Übergreifen dieser Wirtschaftsbewegung auch in die Reihen seiner eigenen Partei, des Zentrums, als das Fortschreiten der Zerspaltung in der deutschen Gesamtwählererschaft und damit steigende Verwirrung der Regierungssphäre, deren sorgsame Knüpfung schon jetzt zum Teil sehr große Schwierigkeiten bereitet. Immerhin ist es bemerkenswert, wenn große Teile der Wählererschaft ihr Heil einzig und allein in der Abwendung von den großen politischen Gesichtspunkten und in der Zuwendung zu ausgesprochenen Interessenvertretungen erblicken. Der Mittelstand insbesondere weiß ja ein Nicken davon zu singen, wie man gerade aus seiner Haut Riemen geschnitten hat für alle möglichen Bedürfnisse, wie man sich seiner Notte nur höchst selten erinnert, wie er kaum zur Ruhe und zur Sammlung neuer Kräfte kommen kann.

Ein Gutes hat allerdings auch dieses Verhängnis, in das unsere Politik verstrickt worden ist: es dämpft die Neigung zur Auflösung des Reichstages. Die Kreise, die zur Großen Koalition drängen, weil zwischen den Schwierigkeiten auf der Linken und auf der Rechten bald kein gangbarer Ausweg mehr sichtbar ist, müssen sehen, daß auch hier zwischen Wünschen und Können ein erheblicher Abstand bleibt, der sich nicht überleiten läßt. Sie fähigen sich durch die Wahlerfolge der überwiegend unpolitisch eingestellten Parteien einigermaßen gebemmt und entmutigt. Die Kosten eines Wahlkampfes fallen heute schon zu stark ins Gewicht, als daß man sie ohne äußerste Not wagen könnte, und wer sich nicht im Besitze ganz sicherer Wahlausichten fühlt, der neigt zu ungemein vorsichtiger Beurteilung der politischen Lage. Was schließlich gewiß kein Unglück ist. Dr. Sp.

Berschleppung der Kontrollfrage.

Unhaltbar, französische Auffassungen. Die Abberufung der Interalliierten Militärkommission ist auf neue Schwierigkeiten gestoßen. Während bisher auch von französischer Seite anerkannt worden ist, daß Deutschland auf dem Gebiete der Abberufung Beweise seines guten Willens gegeben habe, und daß infolgedessen die Regelung der letzten von der Völkerbundkonferenz gestellten Forderungen als unmittelbar bevorstehend angesehen werden könne, stellen der „Matin“ und der „Petit Parisien“ die überraschende Behauptung auf, daß die Erfüllung der Deutschland gemachten Aufgaben nur sehr langsam vor sich gehe und daß, da Deutschland seinerlei Eile zeige, sich mit den Forderungen der Alliierten in Einklang zu setzen, die Liquidation der Entwaffnungsfrage voranschreitlich noch

Die Aufgaben der Landkreise.

Empfang beim Deutschen Landkreistag.

Die Urzelle der Selbstverwaltung. Bei einem Empfang des deutschen Landkreistages in Berlin, dem eine große Anzahl bekannter Persönlichkeiten des kommunalen Lebens beizuhöhen, wies Landrat a. D. Constantin auf die Bedeutung der Landkreise als Selbstverwaltungskörper hin, zumal in den Landkreisen 39 Millionen Menschen wohnen. Die mit reichem statistischen Material belegten Ausführungen ließen erkennen, wie vielfältig die Aufgaben der Kreisverwaltungsverwaltung sind und wie wichtig es für das deutsche Wirtschaftsleben ist, wie diese Aufgaben gelöst werden. Es sei nur hierbei die Frage der Landstraßen hervorgehoben, ein Gebiet, das auch den Großstädter unmittelbar angeht. Hängt doch von dem Zustand der Straßen die Gestaltung der Produktion und damit das Preisniveau der Nahrungsmittel im hohen Maße ab. Das Landstraßenproblem ist ein Schmerzenskind der Landkreise, denn 70 % der Landstraßen des Reiches müssen sie unterhalten. So zeigte man sich denn auch wenig erbauet von dem Projekt der großen Fernstraßen, da man das hierfür nötige Geld lieber für den Bau von Straßen, die der Allgemeinheit zugute kommen, verwendet sehen möchte. Der Redner bezeichnete die Einzelgemeinden im Kreise als die Urzelle der Selbstverwaltung, deshalb kommt für die Kreisorganisation künftig nur eine Mischform in Frage, die als Gemeindeverband die Erhaltung der Selbstverwaltung der Gemeinden gewährleistet, für große Aufgaben aber, die über die Grenzen und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Einzelgemeinde hinausgehen, aus dem Kreise eine geschlossene Einheitsgemeinde formt, die durch einheitliche Verwaltung und

Monate dauern werde, auch, daß es deshalb materiell ausgeschlossen sei, daß die Interalliierte Militärkommission ihren Schlussbericht noch vor der Völkerbundtagung im Dezember fertigstellen und die Völkervertragskonferenz nach in diesem Jahre eine Entscheidung treffen könne.

Im übrigen wird der Auffassung entgegengetreten, als ob ein Gegensatz zwischen dem deutschen und dem französischen Standpunkt, dem einer ständigen oder einer periodischen Kontrolle durch den Völkerbund, bestünde. Im Artikel 213 des Versailler Vertrages stehe nichts von einer ständigen Kontrolle; es sei also unrichtig, zu behaupten, daß Deutschland sich weigere, einer ständigen Kontrolle unterworfen zu werden, da der Text des Vertrages diese nicht vorsehe. Eine ständige Kontrolle sei nur für die entmilitarisierte Zone am Rhein vorgesehen. Hier veruche das deutsche Kabinett, einige Abänderungen und Erleichterungen durchzuführen. Seit einem Jahre bereits sei General Desfret, der Generalkommandant des Marschalls Hoch, vom Völkerbund beauftragt, den Vorbehalt der Kontrollkommission des Völkerbundes zu übernehmen, deren Arbeiten automatisch an dem Tage beginnen werden, an dem die Völkervertragskonferenz die völlige Entwaffnung Deutschlands erklärt haben wird.

England und die Kolonialmandate.

Eine englische Note an den Völkerbund. Eine an das Generalsekretariat des Völkerbundes gerichtete Note des englischen Auswärtigen Amtes über die vom Mandatsauschuß des Völkerbundes vor einiger Zeit vorgeschlagene Aufstellung eines rund 230 Punkte enthaltenden Fragebogens, nach dem künftig die Jahresberichte der Mandatsmächte abgefaßt werden sollen, lehnt im Namen der englischen Regierung und der Regierung der englischen Dominions diesen Vorschlag ab und befürwortet die Fragebogen vollkommen ab. Desgleichen verweist die Note im Namen dieser Regierungen entschieden das vor Mandatsauschuß gleichzeitig in Anspruch genommene Recht die Verfasser von Briefen und Beschwerden aus den Mandatsgebieten zur mündlichen Aussprache vorzuladen. Die Note entwickelt die englische Auffassung über die Mandatsfrage und die Kompetenzen des Mandatsauschusses und erklärt unter Berufung auf Artikel 22 des Völkerbundespatentes und auf frühere Beschlüsse des Völkerbundesrates, was vom Rat nicht verlangen, daß er selbst oder durch Vermittlung des Mandatsauschusses alle Einzelheiten der Verwaltung der unter Mandat stehenden Gebiete prüfe und kontrolliere.

Die englische Regierung ist der Meinung, daß der Fragebogen, der alle Einzelheiten der Verwaltungs- und administrativen Tätigkeit berührt, sehr weit über das hinausgeht, was der Mandatsauschuß braucht, bzw., was mit den Absichten des Völkerbundespatentes und mit den vom Völkerbund rat genehmigten Regeln vereinbar ist.

Die Not der kleinen Städte.

Erhöhung des Gesamtvorstandes des Reichsstädtebundes. Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes hielt in Fulda eine mehrtägige Sitzung ab. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage: Deckung der 1926 erheblich gestiegenen Gemeindeausgaben auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge und allgemeinen Fürsorge unter möglichst gerechter Verteilung der Steuerlasten. Es wurde festgestellt, daß für die meisten mittleren und kleinen Städte das Rechnungsjahr 1926 trotz der Beschränkung auf unbedingt notwendige Ausgaben ein Defizit zu bleiben wird. Daher ist im künftigen Finanzausgleich eine Erhöhung ihres Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer oder zum mindesten die Aufrechterhaltung der Reichsumsatzsteuergarantie unbedingt erforderlich. Nur die Erfüllung dieser Forderung gibt ihnen die Möglichkeit, die durch ihre Finanznot gebotene Überpannung der Realsteuern in Zukunft zu mildern. Zur Beseitigung der Wohnungsnot fordert der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes: Aufstellung eines Reichswohnungsbauprogramms auf mindestens fünf Jahre und Sicherung seiner Finanzierung für etwa 250 000 Wohnungen im Jahr im Werte von zwei bis zweieinhalb Milliarden. Gegen eine mäßige Erhöhung der gesetzlichen Miete und der Hauszinssteuer am 1. April 1927 werden Bedenken nicht erhoben, falls den Gemeinden aus der erhöhten Hauszinssteuer ausreichende Mittel zur Deckung von Gehalts- und Lohnerhöhungen gewährleistet werden. Über die baldige Umwandlung der Hauszinssteuer soll von den kommunalen Spitzenverbänden ein einheitlicher Vorschlag ausgearbeitet werden.

Weiterstreit der englischen Bergarbeiter.

Überraschendes Abstimmungsresultat. Die Bergarbeiter in England haben sich entgegen den optimistischen offiziellen Berichten der letzten Tage für die weitere Fortdauer des Streiks erklärt. Wie das Arbeiterblatt „Daily Herald“ meldet, sind die Vermittlungsvorschläge der Regierung mit einer Mehrheit von ungefähr 140 000 Stimmen verworfen. Alle großen Bezirke außer Yorkshire, das eine kleine Mehrheit für die Annahme aufweist, haben nachdrücklich gegen die Bedingungen gestimmt. Der stärkste Widerstand kommt aus den Epyrosgebieten. Mit diesem Ergebnis vor Augen werden die Delegierten aus den Kohlengebieten wieder in London zusammenzutreffen, um über ihre weitere Politik zu beschließen. Die Konferenz wird erwägen, ob irgendein weiteres Herantreten an die Regierung erfolgen soll. Ein Vorschlag geht dahin, den Bezirken zu raten, die örtlichen Verhandlungen fortzusetzen und über das Ergebnis baldigst einer neuen Konferenz zu berichten.

Die Gemeindevahlen in Oberschlesien.

Keine deutsche Irredentia. Wie die dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann nahestehende Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz zu den oberschlesischen Kommunalwahlen mitteilt, verfügt die deutsche Mehrheit in Katowitz über 34 Mandate, während die polnischen Parteien nur 26 Mandate erzielt haben. In Königshütte stehen 38 deutschen 12 polnische Mandate gegenüber. Hierbei ist zu beachten, daß die Mandate der disziplinierenden Parteien (Wirtschaftspartei und Kommunisten) den polnischen Parteien zugezählt sind. Wie die Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz zu dem oberschlesischen Wahlergebnis weiter ausführt, wäre es, trotzdem die Abstimmung ein Bekenntnis der Volksmehrheit des abgetretenen oberschlesischen Gebiets zum Deutschtum ist, doch andererseits vollkommen verfehlt, das Abstimmungsresultat als ein irredentistisches zu bewerten. Das Programm der deutschen Parteien, so führt die Korrespondenz weiter aus, war durchgehend auf die Loyalität gegen den neuen Staat abgestimmt, so entschieden es auf der anderen Seite das Recht der Selbstbehauptung und den Anspruch auf kulturelle Autonomie und staatsbürgerliche Gleichberechtigung für die Deutschen innerhalb der polnischen Grenzen fordert. Die Korrespondenz schließt: Wenn aus den Wahlen, wie man hoffen darf, eine bessere Berücksichtigung der Minderheitenrechte erwächst, so werden, meint die Korrespondenz, die Deutschen Oberschlesiens mit ihrer mannhafte Selbstbehauptung zugleich sich selbst und dem Fortschritt der Menschheit gedient haben.